



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION BINNENMARKT, INDUSTRIE, UNTERNEHMERTUM
UND KMU

Die Generaldirektorin

Brüssel
GROW.F.1/ [REDACTED]
grow.f.1(2023) 1890331

Herrn [REDACTED]
Bayerischer Staatsminister für
Wirtschaft, Landesentwicklung und
Energie
80525 München
Deutschland
[REDACTED]@stmwi.bayern.de

Zukunftsfähigkeit der chemischen Industrie: Drohende Schließung der Fluorpolymerproduktion von 3M/Dyneon

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

ich danke Ihnen für Ihr an Kommissar Breton gerichtetes Schreiben vom 2. Februar 2023, in dem Sie Ihre Besorgnis über die künftige Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland in Anbetracht der hohen Energiepreise und der Chemikaliengesetzgebung der EU zum Ausdruck bringen. Kommissar Breton hat mich gebeten, Ihnen diesbezüglich zu antworten, und ich bitte Sie, die Verspätung dieser Antwort zu entschuldigen.

Die chemische Industrie steht als Herzstück der europäischen Wirtschaft vor beispiellosen Herausforderungen. Der plötzliche Anstieg der Strom- und Gaspreise am Ende des letzten Jahres und der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sind nur einige der Probleme, mit denen die europäische chemische Industrie in letzter Zeit konfrontiert ist. Das in der aktualisierten EU-Industriestrategie definierte Ziel der Resilienz rückt dadurch umso stärker in den Fokus.

Eng verbunden mit der angestrebten Resilienz ist der grüne und der digitale Wandel, der mehrere Dimensionen – eine schadstofffreie Umwelt, Klimaneutralität und das Kreislaufprinzip (grüner Wandel) sowie die Digitalisierung (digitaler Wandel) – umfasst. Es gilt, all diese Dimensionen zu berücksichtigen, um die Resilienz der chemischen Industrie zu stärken.

Zur Unterstützung der europäischen chemischen Industrie hat die Kommission kürzlich den Übergangspfad für die chemische Industrie veröffentlicht. Dabei handelt es sich um einen praktikablen Plan, der gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, Interessenträgern der chemischen Industrie, NRO und weiteren interessierten Kreisen ausgearbeitet wurde. Die Interessenträger ermittelten eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen, die dazu beitragen sollen, den grünen und digitalen Wandel in der chemischen Industrie zu

vollziehen und ihre Resilienz zu stärken. Zusammen mit jeder Maßnahme wurden auch der Zeitrahmen für die Umsetzung sowie die dafür verantwortlichen Hauptakteure benannt. Seit März 2023 arbeiten die Interessenträger mit der Kommission an der operativen Durchführung.

Des Weiteren stellte die Kommission kürzlich ihren Industrieplan für den Green Deal vor, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gestärkt und der rasche Übergang zur Klimaneutralität unterstützt werden sollen.

In Ihrem Schreiben gehen Sie insbesondere auf den kürzlich vorgelegten Beschränkungsvorschlag zu Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) ein. Deutschland, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen haben das REACH-Beschränkungsossier für PFAS erstellt, in dem auch eine Liste befristeter Ausnahmen vorgeschlagen wird. Der Kommission ist bekannt, dass PFAS in Halbleitern, Elektrolyseuren, Brennstoffzellen, Batterien und vielen weiteren Bauteilen verwendet werden, die in zahlreichen Bereichen, einschließlich Verteidigung und Medizin sowie Netto-Null-Technologien, zum Einsatz kommen. Auf Grundlage der Stellungnahme der wissenschaftlichen Ausschüsse der ECHA wird die Kommission eine Änderung der REACH-Verordnung bezüglich der Herstellung und Verwendung von PFAS in Betracht ziehen, die den stoffbedingten Risiken sowie den sozioökonomischen Auswirkungen einer Beschränkung und der Verfügbarkeit von Alternativen Rechnung trägt. Die Kommission wird dabei Ausnahmen für kritische Verwendungen berücksichtigen, für die derzeit keine Alternativen verfügbar sind, neben der Notwendigkeit, die Emissionen von PFAS für die unter eine Ausnahme fallenden Verwendungen über deren gesamten Lebenszyklus hinweg zu minimieren.

Interessenträger können sich im Rahmen zweier öffentlicher Konsultationen einbringen – die erste ist im März 2023 angelaufen und dauert bis September 2023.

Die Kommission teilt die Auffassung, dass Europa die Industrie unbedingt befähigen muss, wichtige Produkte und Technologien für den grünen und den digitalen Wandel (z.B. Halbleiter, Technologielösungen für saubere Energie und Medizintechnik) auf sichere und nachhaltige Weise herzustellen. Sie ist zuversichtlich, dass durch das REACH-Verfahren eine ausgewogene Entscheidungsfindung gewährleistet ist.

Was die Entscheidung von 3M betrifft, gänzlich aus der PFAS-Produktion auszusteigen, so wurde dies von M3 mit dem sich in Bezug auf PFAS sowohl in den USA als auch in Europa ändernden Geschäftsumfeld begründet. Der Ausstieg geht somit nicht nur darauf zurück, dass das REACH-Beschränkungsossier für PFAS – u.a. von den deutschen Behörden – vorgelegt wurde. Darüber hinaus hat 3M der Kommission versichert, allen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen und erhebliche Anstrengungen bei der Suche nach Alternativen zu PFAS unternehmen zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen

(elektronische Unterschrift)
Kerstin Jorna